

© Schwerpunkt »Globalisierung gestalten«

Die Haller Erklärung für die Rechte der Bauern ...

... und der lange Kampf der Kleinbauern dieser Welt für Freiheit und soziale Gerechtigkeit

von Rudolf Bühler

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ernähren die Welt; 70 Prozent aller Lebensmittel stammen aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag im Kampf gegen Hunger und Armut sowie für den Erhalt der natürlichen Ressourcen. Gleichwohl sind Kleinbäuerinnen und -bauern in den Gesellschaften dieser Erde kaum repräsentiert. Sie gehören weltweit stets zu den ärmsten Teilen der Bevölkerung und sind von den Auswirkungen der Globalisierung und der Dominanz kapitalistischer Industriegesellschaften am meisten betroffen. Agrarland, Saatgut, Tierzucht und indigenes Wissen werden zunehmend von den multinationalen Konzernen übernommen und kapitalisiert und damit den indigenen und ländlichen Gesellschaften entzogen. Ganz offenkundig reicht der Schutz des gegenwärtigen Rechtssystems nicht aus, um Gleichheit und Gerechtigkeit sicherzustellen. Im März 2017 trafen sich daher in Schwäbisch Hall über 400 Bauernvertreter aus 50 Ländern zu dem viertägigen Global Peasants' Rights Congress, um mit Politikern, Entwicklungshelfern und Menschenrechtlern den Weg für einen Schutz der elementaren Rechte von Kleinbauern zu ebnen. Der vorliegende Beitrag stammt von dem Initiator des Kongresses und dokumentiert – nach einem historischen Rückblick auf den Kampf der Bauern um ihre Rechte und einem Abriss der prekären aktuellen Lage – die auf dem Kongress verabschiedete »Haller Erklärung zu den Rechten der Bauern«. Mit ihr soll der seit mehreren Jahren laufende Verhandlungsprozess bei den Vereinten Nationen über eine entsprechende UN-Deklaration für die Rechte der Bauern ergänzt und vorangebracht werden.

In allen Sprachen finden wir mehrere Bezeichnungen für die Menschen, die das Land bewirtschaften. Gemeint sind meist bäuerliche Familien, die das Land – ihr Land, welches ihr eigen ist oder Pachtland – nachhaltig bebauen und bewahren und von Generation zu Generation weitergeben. Insofern sprechen wir stets von der soziologischen Bedeutung des Bauern: Im Englischen sind es die *peasants*, im Französischen die *paysans*, im Spanischen *campesinos*, im Italienischen die *contadini*, im Rumänischen die *ceran* und

im Lateinischen die *cultores rustici*. Die Rechte dieser Bevölkerungsgruppe sind seit jeher prekär unterrepräsentiert.

Die ersten Bauernaufstände gegen die Feudalen und den Klerus – die damaligen *Landgrabber* – gehen bis ins 15. Jahrhundert zurück und fanden in den Thesen Luthers 1520 *Von der Freiheit eines Christenmenschen* neuen Auftrieb. In dieser Schrift schreibt Luther, dass »jeder ein freier Herr über alle Dinge und niemand Untertan« sei. Hierdurch inspiriert und ermutigt or-

ganisierten sich die schwäbischen Bauern und tagten 1524 in Memmingen, um zwölf Artikel zu den Freiheitsrechten der Bauern aufzusetzen:

1. Wahl und Absetzung der Pfarrer durch die Gemeinde
2. Bezahlung des Pfarrers durch Getreide-Zehnt
3. Forderung nach Ende der Behandlung wie Leibeigene
4. Forderung nach freiem Jagdrecht
5. Forderung nach freiem Nutzrecht der Wälder (z. B. als Brennholz)
6. Verminderung der Dienstpflichten (z.B. Transportdienste)
7. Neue Dienste nur gegen entsprechende Bezahlung
8. Gerechte Bemessung der Pachtzahlungen
9. Beendigung der richterlichen Willkür bei Bestrafungen
10. Rückgabe der unrechtmäßig besetzten Gemeindeländer (Allmende)
11. Abschaffung der Zahlungen bei Todesfällen
12. Rechtfertigung der Forderungen durch Bibel

Diese zwölf Artikel gelten als frühe Formulierung von Menschenrechten und werden als spätere Grundlage gesehen für die internationale UN-Menschenrechtskonvention. Nachdem ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, griffen die Bauern zunächst kleinere Fürstengüter und Klöster an, holten von den Feudalen und dem Klerus den unverdienten Wohlstand zurück und teilten ihn unter den Armen auf. Als »Bauernkrieg«, auch »Revolution des gemeinen Mannes«, werden die Bauernaufstände ab 1524 bezeichnet, welche sich auf weite Teile des süddeutschen Sprachraumes (Süddeutschland, Thüringen, Österreich und der Schweiz) ausweiteten.

Freilich schlug sich Luther 1526 auf die Seite der Feudalen und forderte gegen die »mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern« rücksichtslos vorzugehen: »man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss«. Die »Freiheit eines Christenmenschen« wollte Luther von nun an allein auf den geistlichen und nicht auf den weltlichen Bereich bezogen wissen, was das Ende des Bauernaufstandes bedeutete: Die Feudalherren fühlten sich durch Luther legitimiert und die Bauernhaufen waren den von den Fürsten entsandten Ritterheeren nicht gewachsen. Trotz ihrer Überzahl unterlagen sie den kampferprobten Rittern. Die Aufstände werden schließlich von fürstlichen Ritterheeren niedergeschlagen und die Anführer der Bauern hingerichtet. Über weitere 200 Jahre in Armut und Leibeigenschaft dauerte es, bis sich die Bauern im Zeitalter der Aufklärung im 18. Jahrhundert neu aufzustellen vermochten

und schließlich nach dem Niedergang des Adels in die faktische Bedeutungslosigkeit anlässlich der Revolution von 1848 endgültig ihre bürgerlichen Freiheiten zuerkannt bekommen haben.

Die neuen Ausbeuter ...

Die neuen, heutigen Ausbeuter sind jedoch nicht mehr die Feudalen und der Klerus, es ist das internationale Großkapital mit dem Gesicht der multinationalen Foodkonzerne, der Agrar- und Chemiekonzerne sowie der Handelsmonopole im Lebensmittelgeschäft. Bauern und Erzeuger sind am untersten Ende der Wertschöpfungskette positioniert, die Marktmacht in den liberalisierten internationalen Märkten liegt bei diesen Konzernen. Mittels Gentechnik und Hybridzuchten werden den Bauern noch die letzten *common assets* genommen. Auch die Austauschverhältnisse von Erzeugungs- und Marktpreisen haben sich entscheidend zuungunsten der bäuerlichen Erzeuger verschoben. Innerhalb von zwei Bauerngenerationen hat sich der Gegenwert von einem Doppelzentner (dz) Weizen zum Lohn eines Handwerkers oder Servicetechnikers um den Faktor 30 verschoben bzw. zuungunsten der Bauern verschlechtert: 1960 kostete ein 1 dz Weizen gute 45 DM und eine Handwerker-/Facharbeiterstunde 4,50 DM. Heute kostet 1 dz Weizen 15 Euro und das wirtschaftliche Äquivalent hierzu 45 Euro!

Schauen wir auf unsere Brüder und Schwestern im globalen Süden und Osten, so haben wir hier die gleiche Situation. Die Kleinbauernfamilien und die ländliche Bevölkerung sind die *looser* der industriellen Entwicklung. Sie wurden und werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Freilich ist die Situation im globalen Süden und Osten deutlich dramatischer als bei uns, weil hier die ungerechten Austauschverhältnisse im internationalen Welthandel hinzukommen und diese die Entwicklungsländer extrem benachteiligen mit der Folge von Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit. Dies führt zu den globalen Migrations- und Flüchtlingsströmen der Menschen aus diesen Ländern in die Industrieländer des Nordens.

Die neuen Instrumente der Ausbeutung und Kolonisierung sind nur noch selten militärischer Art, sie sind diffiziler und subtiler: Zu dieser neuen Kolonisierung gehört all das, was wir neudeutsch als Landgrabbing, Gengrabbing und Knowledgegrabbing bezeichnen. Die *common assets*, das gemeinschaftliche Eigentum der ruralen bzw. ländlichen Bevölkerung, der Bauernfamilien, welche in Generationen die ruralen Schätze von Pflanzenarten und Tierarten domestiziert und in solidarischer Weise entwickelt haben, fruchtbare Äcker und Weiden angelegt haben und ihre indigenen Schätze stets an ihre Nachkommen als Lebens- und Existenzgrundlage weitergegeben haben,

wird nun vom internationalen Großkapital in kürzester Zeit und auf kaltem Wege enteignet.

... und ihre Instrumente

Als *Landgrabbing* verurteilen wir die illegale oder vom internationalen Großkapital lobbiierte Aneignung von Land bzw. agrarisch nutzbaren Flächen durch wirtschaftlich oder politisch durchsetzungsstarke Akteure. Es geht um geschäftliche Transaktionen, bei denen Regierungen oder Unternehmen auf fremden Staatsgebieten, besonders in Entwicklungs- oder Schwellenländern, große Ländereien erwerben. In der Regel werden auf diesen Flächen die ansässigen Kleinbauern enteignet oder zu Plantagenarbeitern degradiert mit dem Ziel der industriellen Herstellung von Nahrungsmitteln oder anderen Agrargütern für den Verkauf auf dem Weltmarkt. Die internationale Entwicklungsorganisation Oxfam schätzt, dass in Entwicklungsländern seit 2001 über 220 Millionen Hektar Land von ausländischen Investoren aufgekauft oder gepachtet wurden – für die landwirtschaftliche Produktion, aber auch im Rahmen von Bodenspekulation.

Eine zentrale Forderung der Peasants' Rights-Bewegung ist der freie Zugang der Bauern zu den natürlichen Ressourcen. Im Umkehrschluss muss das Gebot der verantwortungsbewussten Nutzung der natürlichen Ressourcen durch eine standortangepasste, nachhaltige und ökologisch verträgliche bäuerliche Landwirtschaft beachtet werden.

Als *Gengrabbig* verurteilen wir die Patentierung von Leben durch das imperiale Großkapital und deren Konglomerate wie Monsanto, Bayer, Syngenta & Co. In der Regel erfolgt die Patentierung von Pflanzen und Tieren über den Umweg der gentechnischen Veränderung bzw. Manipulation einzelner Gene in diesen Lebewesen. Sodann können diese völlig legal patentiert werden und die oftmals über Jahrhunderte in Generationen von Bauern erschaffenen Nutzpflanzen und Nutztiere gehen über in den Besitz dieser Konzerne. Dies ist die soziale Dimension der sog. Gentechnik bzw. Gentechnologie: eine legalisierte Enteignung der Bauern und ruralen Gesellschaften, welche marginalisiert zurückbleiben und nunmehr ihr Saatgut von den multinationalen Konzernen kaufen müssen.

Die ökologische Dimension der Gentechnik, insbesondere die Frage, welche Umweltschäden durch die Freisetzung von manipulierten Pflanzen und Tieren entstehen, ist noch nicht ausreichend erforscht. Hier verlangen wir die Anwendung des Verursacherprinzips als dem Grundprinzip in demokratischen Staaten und Volkswirtschaften. Diejenigen, welche die Ökologie und die Gesundheit von Mensch und Tier gefährden oder schädigen, müssen sodann auch für

die Wiedergutmachung zur Rechenschaft gezogen werden. Das Prinzip, die externen Kosten den Verursachern zuzuordnen, ist entsprechend anzuwenden.

Als *Knowledgegrabbing* prangern wir den Diebstahl geistigen Eigentums insbesondere bei den indigenen und ruralen Gesellschaften dieser Welt an. Während intellektuelles Wissen vollumfänglich und institutionellen Schutz genießt, letztendlich verbürgt und einklagbar über die weltweiten Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums über die UN-Organisation WIPO (World Intellectual Property Organization), ist indigenes Wissen und Erfahrungswissen vollkommen schutzlos dem Zugriff fremder Personen, Gesellschaften, Wirtschaftsbeteiligten und Forschungseinrichtungen ausgeliefert. Bereits durch eine harmlos scheinende Erkundung (*survey*) bei den Indigenen über die Anwendung pflanzlicher oder tierischer Rohstoffe oder Anwendungen überträgt sich das Wissen automatisch auf die Institution, welche diesen *survey* durchführt. Allein durch die »empirische Erhebung«, also das Niederschreiben des indigenen Wissens, ist dieses in den Besitz des Befragers und Autors übergegangen. So die derzeitige Rechtsituation, welche die ahnungslosen Ureinwohner und Träger indigenen Erfahrungswissens als Beraubte ihrer über Generationen entwickelten Wissensschätze zurücklässt.

Hinzu kommt, dass in der arbeitsteiligen Wirtschaft – lokal wie international – die Erzeuger am unteren Ende der Wertschöpfungskette stehen und nicht den fairen Anteil aus der Wertschöpfung ihrer marktfähigen Produkte erhalten. Die Folge sind Marginalisierung und Armut. Zu Recht fordern die Kleinbauern daher den *fair share* aus dem Endverbraucherpreis ihrer Erzeugnisse.

Die neue soziale Frage

Dies ist die neue »soziale Frage«. Aus diesen und weiteren Gründen brauchen wir den Schutz der ruralen Gesellschaften und der Kleinbauern dieser Welt. Der Verfasser wie auch ein großes Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen befassen sich seit Längerem mit der Entwicklung einer Charta, die den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und den ruralen Gesellschaften Schutz bietet in Form einklagbarer Rechte. Die Vereinigung La Via Campesina und die Menschenrechtsorganisation FIAN befassen sich ebenso schon seit Jahren mit dieser neuen sozialen Frage. Die 2013 gegründete Stiftung »Haus der Bauern« in Schwäbisch Hall hat die Entwicklung einer »Charta of Farmers Rights« in ihrer Satzung verankert. Seit 2014 gibt es eine UN-Arbeitsgruppe für »The Declaration of Peasants' Rights and Other People Working in Rural Areas«, bei welcher Stakeholder und weltweite Vertreter der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorga-

nisationen zusammenkommen zu einem Meinungsbildungsprozess mit dem Ziel einer UN-Deklaration »Global Peasants' Rights«.

Folgerichtig kamen im März 2017 rund 450 Bauern und Bäuerinnen, Fischer und Hirten, Wissenschaftler und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Vertreter der UN und politische Stakeholder aus der ganzen Welt nach Schwäbisch Hall zum ersten Global Peasants' Rights Congress. Dies auf Einladung der Stiftung »Haus der Bauern«, welche die Reisekosten der bäuerlichen Teilnehmer übernommen hatte. Am Vorabend zum Kongress fand im Schloss Kirchberg das 1. World Organic Forum statt, das künftig als Plattform für die Gegenveranstaltung des World Economic Forum in Davos alljährlich im März dienen wird. Vom 8. bis 10. März 2017 wurden in sechs Arbeitsgruppen an den Inhalten der »Global Peasants' Rights Declaration« gefeilt und die Ergebnisse schließlich in der »Haller Erklärung« als gemeinsames Positionspapier aller weltweiten Aktivisten und Stakeholder verabschiedet (Dokumentation siehe unten).

Die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall ist als Schwesterorganisation der Stiftung »Haus der Bauern« bei den Vereinten Nationen in New York, Genf und Wien mit Beraterstatus im Wirtschafts- und Sozialausschuss akkreditiert. Damit hat sie Rederecht und Antragsrecht zu sämtlichen Vorgängen. Insbesondere bringt sie sich in die Beratungen für die »Peasants' Rights Declaration« ein. Sie vertritt dabei die Anliegen ihrer eigenen kleinbäuerlichen Mitgliedsbetriebe, aber auch die der Kleinbauern aus ihren Partnerschaftsprojekten in Osteuropa, Indien und Afrika.

Mittlerweile gibt es einen dritten Entwurf für die »Declaration of Peasants Rights and People Working in Rural Areas« von der gleichnamigen UN-Arbeitsgruppe. Hierbei differieren die Meinungen der am Abstimmungsprozess beteiligten Stakeholder zum Teil erheblich. Insbesondere gibt es eine Gruppe, die Frauenrechte und Arbeitnehmerrechte darin verankert sehen wollen, andere argumentieren zurecht, dass es für diese gesellschaftlichen Bereiche bereits parallele Prozesse und Deklarationen gibt und diese Themen nur vom Kern des Anliegens ablenken. Dies ist auch

ein Grund, weshalb eine Reihe von Staaten dem UN-Entwurf ablehnend gegenüberstehen oder sich enthalten. Grundsätzlicher Widerstand kommt jedoch von den USA, welche die Deklaration als einziges Land komplett ablehnen. Deutschland enthält sich bislang.

»The long march« zu verfassten Grundrechten von Kleinbauern und der ruralen Gesellschaften ist im vollem Gang und begrüßt weitere Unterstützung: »Let's join us!« Gemeinsam sind wir stark!

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Anja Banzhaf: Wem gehört die Saat? Über die Kommerzialisierung eines lebenswichtigen Gutes. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 285–290.
- ▶ Uwe Hoering: Im Griff der Konzerne. Über die Globalisierung der Agrarindustrie. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 96–100.
- ▶ Josef Hoppichler: Bäuerliche Ökonomie. Wiederentdeckung eines Erfolgsmodells. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 283–289.
- ▶ Frieder Thomas: Bäuerlichkeit im Trend. Hoffnungen und Visionen rund um einen schillernden Begriff. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 25–34.
- ▶ Evelyn Mathias und Ilse Köhler-Rollefson: Die Rechte der Hirten und Kleinbauern. Nutztierhalterrechte und ihre Anerkennung als Schlüssel zur weltweiten Ernährungssicherung. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 91–95.
- ▶ Christoph Then und Ruth Tippe: Melonen von Monsanto. Über die Zunahme von Patenten auf konventionelle Züchtungen. In: Der kritische Agrarbericht 2013, S. 53–57.
- ▶ Roman Herre: Moderne Landnahme. Eine Bewertung großflächiger Direktinvestitionen in Land aus menschenrechtlicher Perspektive. In: Der kritische Agrarbericht 2010, S. 75–78.



Rudolf Bühler

Biobauer, Gründer und Vorsitzender der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, auch von Ecoland e.V. und der Stiftung »Haus der Bauern«.

Stiftung »Haus der Bauern«
Am Markt 2, 74523 Schwäbisch Hall
rudolf.buehler@besh.de

www.global-peasants-rights.com
www.hdb-stiftung.de
www.besh.de

Haller Erklärung zu den Rechten der Bauern: Ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Menschheit

Vor gut 500 Jahren beehrten die Bauern in Süddeutschland erstmalig gegen die zunehmende Unterdrückung durch die Feudalen und Klöster auf und verfassten »Zwölf Artikel« für die Rechte der Bauern. Dieses Dokument gilt als erster Forderungskatalog für Freiheit und Menschenrechte in Europa, einschließlich der Rechte des Zugangs zu Land, Wald und Fischerei. Obwohl die Feudalen die Aufständischen brutal niederschlugen, leisteten die Bauern weiterhin Widerstand über die Zeitläufte hinweg. Die Geschichte zeigt, dass die Bauern sich nicht besiegen lassen; wenn sie eine Niederlage erleiden, kämpfen sie an anderer Stelle weiter bis zum heutigen Tag.

Der Kongress für die Bauernrechte »Global Peasants' Rights«, welcher vom 8. bis 10. März 2017 stattfand, zeigt dies erneut. Über 400 Kleinbäuerinnen und Bauern, Fischer, Hirten, Imker, Indigene, Migranten und Saisonarbeiter, Frauen und Jugend vom Lande, Konsumenten, Nichtregierungsorganisationen, Akademiker, Anwälte, Aktivisten und Regierungsvertreter aus mehr als 50 Ländern kamen zusammen in Schwäbisch Hall, einem Zentrum des großen Bauernkriegs im 16. Jahrhundert, um ihre Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, voneinander zu lernen und sich über den gegenwärtigen Prozess der Formulierung des Entwurfs einer Erklärung der Vereinten Nationen zu den »Rechten von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, welche im ländlichen Raum arbeiten« zu informieren.

Dieser Entwurf einer UN-Erklärung hat seine Wurzeln in der langjährigen Bewegung für die Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen in aller Welt. Mit Unterstützung der bolivianischen Regierung konnte der Prozess für eine Erklärung der Bauernrechte bei den Vereinten Nationen vorangebracht werden und kommt nun in die vierte Verhandlungsrunde im Mai 2017.

Der »Global Peasants' Rights«-Kongress, welcher diese Woche stattfand, zeigt, dass wir trotz sehr unterschiedlicher Herkunft und Hintergründe in der Lage sind, uns die Hand zu reichen, um die Würde der Menschen und der Natur gemeinsam zu verteidigen. Dieser Prozess gleicht einem Fluss, welcher von immer mehr Nebenflüssen gespeist wird, durch vielfältige Landschaften fließt und sich zu einem gemeinsamen mächtigen Strom des Lebens vereint.

Die Unterdrücker von Gestern haben heute neue Gesichter: Heute stehen wir nicht mehr den Feudalen gegenüber, sondern dem Kapital und seinen Waffen: Konzerne, nationale Eliten und Regierungen nehmen unser Land und unsere Ozeane in Besitz und gefährden damit unsere Existenz, unsere sozialen Werte, unsere Selbstbestimmung und den Frieden. Wird uns das Land genom-

men, ist unsere Ernährungssouveränität massiv bedroht. Speziell für die Hirtenvölker führt dies zur Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen und ihrer besonderen Leistungen für die Ökosysteme, welche sie beweideten.

Gewalt gegen unser Land ist auch stets mit Gewalt gegen Frauen verbunden. Frauen erleiden körperliche Gewalt und werden nicht als politische Subjekte des Wandels anerkannt. Überall steigt die Konzentration von Landbesitz massiv an, angetrieben von einem Entwicklungs- und Produktionsmodell, welches mitverantwortlich ist für die Zerstörung der Biodiversität, der Umwelt und des Klimas. Gleichzeitig werden Agrarreformprogramme eingestellt, was dazu führt, dass landlose Pächter neuen Formen von Sklaverei ausgesetzt sind. Solche Menschenrechtsverletzungen verursachen Flucht und Migration. Politische Programme zur Einschränkung von Landflucht fehlen. Die Migranten und ihre Familien sind hochgradig verwundbar. Speziell Frauen bleiben oft allein zurück auf dem Lande mit erhöhter Last für die produktive und reproduktive Arbeit. Andererseits sind Plantagen- und Wanderarbeiter und -arbeiterinnen massiven Pestizidbelastungen ausgesetzt und müssen Akkordarbeiten ohne soziale Absicherung verrichten. Sie werden davon abgehalten, sich zu organisieren und sind in ständiger Gefahr, vertrieben zu werden. Frauen und Migranten sind die am meisten ausgebeuteten ländlichen Arbeitskräfte.

Unsere Tiere sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie von Forschungszentren und Konzernen geraubt werden, indem diese sich die genetischen Sequenzen patentieren lassen. Durch Freihandelsabkommen, die Weltbank, die G7 und sogenannte »philanthropische Stiftungen« werden Regierungen des Globalen Südens gezwungen, industrielles Saatgut einzuführen und ihre Gesetze an die internationalen Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums anzupassen. Kleinbauern und -bäuerinnen in Europa und anderen Teilen der Welt werden kriminalisiert, wenn sie ihre eigenen Tiere und Nutzpflanzen weiter vermehren, weil der »freie Nachbau« von eigenem Saatgut unter einer internationalen Konvention (UPOV) untersagt ist.

Unser Erfahrungswissen als Bauern und Bäuerinnen, unsere Innovationen, Entwicklungen und Leistungen für die Biodiversität werden von den Vertretern eines angeblich überlegenen wissenschaftlichen Wissens missachtet. Die gewachsenen Beziehungen zwischen unseren Gesellschaften, unseren Kulturen und den natürlichen Lebensgrundlagen werden massiv diskreditiert. Zudem haben wir häufig keinen Zugang zu den Produktionsmitteln wie Krediten, Infrastruktur und Versicherungen. Wir sind benachteiligt und abgeschnitten vom Zugang zu Märkten, welche entsprechend der globalen Agrarpolitik ►

primär auf den internationalen Handel ausgerichtet sind. Die Marktmacht von Unternehmen und Zwischenhändlern hält die Erzeugerpreise für Fisch und bäuerliche Produkte niedrig. Die früher üblichen lokalen Lebensmittelmärkte werden privatisiert.

Und schließlich sind wir einer brutalen Repression ausgesetzt. In vielen Ländern manipulieren die Medien Hand in Hand mit den Regierungen die öffentliche Meinung gegen die sich auflehrende ländliche Bevölkerung und unterstützen damit ein System von Unterdrückung und Ungleichheit. Wenn wir für die Verteidigung unserer Rechte, unseres Lands und unserer Lebensgrundlagen eintreten, werden wir von den Regierungen mit physischen und rechtlichen Mitteln schikaniert. Unter dem Vorwand den Terrorismus bekämpfen zu wollen, kriminalisieren rechtsgerichtete Regierungen eine große Anzahl von Anführern sozialer Bewegungen. Darüber hinaus gefährdet der weltweite Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Transphobie die Ernährungssouveränität und die gesellschaftliche Souveränität der Menschen in hohem Maße und bedroht die Identität unserer ländlichen Gesellschaften.

Angesichts dieser vielfältigen Bedrohungen gehen wir aus diesem Kongress im vollen Bewusstsein dessen heraus, dass die UN-Erklärung über die »Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen welche im ländlichen Raum arbeiten« von strategischer Bedeutung ist. Diese Erklärung stärkt die Legitimität unserer Forderungen und macht unsere sozialen, kulturellen und politischen Werte sichtbar. Sie ist ein Zeugnis unseres wichtigen Beitrags zur Sicherung des Gemeinwohls, sei es durch die Bereitstellung von gesunder Nahrung, Entwicklung der Biodiversität und der Bewahrung der Schöpfung.

Die Erklärung stärkt unsere Rechte auf Land, Wasser und auf die natürlichen Ressourcen, auf Saatgut, auf Biodiversität, auf Ernährungssouveränität, auf angemessenes Einkommen und Produktionsmittel; das bedingt sich alles gegenseitig. Sie trägt zur Emanzipation von Frauen in patriarchalischen Strukturen bei. Sie berücksichtigt die Bedeutung von nachhaltigem Denken in Generationen und die Vermittlung von Erfahrungswissen im ländlichen Raum. Letztendlich erkennt sie an, dass unsere gemeinsame Zukunft und die Zukunft der Menschheit eng verbunden ist mit den Rechten der Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen welche im ländlichen Raum arbeiten. Die Erklärung ist ein wichtiges Instrument für den Überlebenskampf und bündelt unsere Rechte ganzheitlich und schlüssig. Sie wird Bewusstsein verändern und zu neuen Rechtsnormen inspirieren. Sie kann ein Vehikel werden für das Zusammenführen der Bewegungen und Kämpfe für größere systemische Veränderungen.

Damit sich die Staaten stärker für die UN-Erklärung einsetzen, fordern die Teilnehmenden des »Global Peasants' Rights«-Kongresses alle Bewegungen, welche sich für diese Rechte einsetzen, wie Bauern und Bäuerinnen, Tierzüchter, Hirten, Fischer, Urwaldbewohner, Indigene, ländliche Handwerker und all ihre Familien als auch die traditionellen Gemeinschaften und weitere auf, Bündnisse auf lokaler und nationaler Ebene aufzubauen, um Widerstand zu leisten und diesen gemeinsam zu mobilisieren.

Der Kampf auf Graswurzelebene ist entscheidend für die Anerkennung und die Unterstützung durch nationale Regierungen und um einen breiten und starken Druck zu entwickeln für die alsbaldige Anerkennung dieser Erklärung. Wir rufen die Regierungen dieser Welt auf, sich ernsthaft in diesen Prozess einzubringen. Wir rufen insbesondere die deutsche und die europäischen Regierungen auf, ihrem Bekenntnis für die Menschenrechte gerecht zu werden und sich aktiv in diesen historischen Prozess einzubringen. Auch hier in Europa, wo die Gemeinsame Agrarpolitik auf einer Logik von »Wachsen oder Weichen« aufgebaut ist, wird gegen die Rechte von Bauern und Bäuerinnen verstoßen. Die produktions- und exportorientierte industrielle Landwirtschaft und Ernährungsindustrie führt zu einem Bauernsterben in Europa und hat enorme weltweite Auswirkungen.

Trotz unserer unterschiedlichsten Herkunft und kulturellen Hintergründe erkennen wir, dass wir auf ähnliche Art und Weise unterdrückt werden und deshalb in Solidarität zusammenstehen müssen: Süden und Norden, Frauen und Männer, Alte und Junge, Land- und Stadtbevölkerung, Bauern und Bäuerinnen, Migranten und Saisonarbeiter, Indigene, Fischer, Hirtenvölker, Imker und all ihre Familien. Wir haben erkannt, dass wir uns gemeinsam für unsere Rechte einsetzen müssen. Wenn einer von uns verliert, werden wir alle verlieren.

Unsere Fähigkeit, uns zu organisieren, ist unser mächtigstes Instrument und wird dazu führen, dass wir unsere Rechte als Mitmenschen und als Bauern und Bäuerinnen wirksam durchsetzen werden.

Wie in einem Fluss werden unsere Kräfte in einen mächtigen Strom des Lebens zusammenfließen! Es leben die Bäuerinnen und Bauern!

Schwäbisch Hall, den 10. März 2017